

## Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 01.03.2010  
im Kreishaus Borken,  
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)  
ab 17.00 Uhr Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

### Anwesend:

#### stv. Vorsitz:

Herr Johannes Maus 46342 Velen

#### Mitglieder:

Herr Ralf Bertram	46395 Bocholt	
Frau Heidi Buskase	48599 Gronau	
Herr Heinz-Josef Elpers	48683 Ahaus	
Herr Manfred Epping	48624 Schöppingen	Anwesenheit bis TOP 7, 17.45 Uhr
Herr Ulrich Günhen	46419 Isselburg	
Herr Ulrich Holzer	46395 Bocholt	
Herr Günter Kendzierski	48599 Gronau	
Frau Anne König	46325 Borken	
Herr Heinz Konniger	48734 Reken	
Herr Stephan Koop	46325 Borken	
Herr Heinrich Lübbering	48691 Vreden	Vertretung für Herrn Eckart Ballenthin
Herr Klaus Meyermann	46399 Bocholt	
Herr Heiko Nordholt	48599 Gronau	
Herr Guido Pasedag	46397 Bocholt	Vertretung für Herrn Günther Dirks, Anwesenheit bis TOP 6, 17.00 Uhr
Frau Uta Röhrmann	46399 Bocholt	
Herr Bernd Schlipfing	48691 Vreden	Vertretung für Herrn Paul Lensing

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Richard Brocks  
Herr Dr. Albert Groeneveld  
Herr Dr. Harry Schmitt  
Herr Dr. Manfred Ulrich  
Herr Heribert Volmering  
Herr Dr. Vitus Wucherpfennig

### **Erledigung der Tagesordnung:**

Stellvertretender Vorsitzender Maus eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Ausschussmitglied Epping, das erstmals an einer Sitzung des Fachausschusses teilnimmt, vom stellvertretenden Ausschussvorsitzenden förmlich verpflichtet.

### **A. Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1: Vorstellung der Aufgabenbereiche des Fachbereiches 39 Vorlage: 0020/2010**

---

Fachbereichsleiter Ltd. KVetD Dr. Groeneveld – für die z.Zt. unbesetzte Fachabteilungsleiterstelle 39.01 – sowie die Fachabteilungsleiter des Fachbereiches Tiere und Lebensmittel stellen die in den Fachabteilungen wahrzunehmenden Aufgaben über eine Power-Point-Präsentation vor und beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder:

- Fachabteilung 39.01 – Organisation, Personal, Budget, Controlling -  
Berichterstatter: Ltd. KVetD Dr. Groeneveld
- Fachabteilung 39.1 – Veterinärangelegenheiten –  
Berichterstatter: KVetD Dr. Ulrich
- Fachabteilung 39.2 – Fleischhygiene –  
Berichterstatter: KVetD Dr. Schmitt
- Fachabteilung 39.3 – Lebensmittelüberwachung –  
Berichterstatter: KAng. Dr. Wucherpfennig

Die Power-Point-Präsentation ist als Anlage 1 beigelegt.

#### **Punkt 2: Vorberatung des Budgets 03 (Tiere und Lebensmittel) und des Budgets 10 (Sicherheit und Ordnung) - Haushaltsplanung 2010 Vorlage: 0019/2010**

---

Stellvertretender Vorsitzender Maus stellt die Plandaten des Budgets 03 – Tiere und Lebensmittel – und anschließend des Budgets 10 – Sicherheit und Ordnung – zur Beratung vor.

Ausschussmitglied Buskase erkundigt sich nach den Gründen für die Verringerung der Anzahl der Kontrollen nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und nach der Handwerksordnung (Kennzahl: 10.01.01.24). KVD Volmering erklärt die Tendenz mit dem Abbau einer Sachbearbeiterstelle in diesem Bereich. Unter anderem auf Grund einer Änderung des Handwerksrechtes (Reduzierung der eintragungspflichtigen Gewerke) sei eine Personalkürzung von 3 auf 2 Sachbearbeiter in diesem Tätigkeitsfeld erfolgt mit der Konsequenz, dass quantitativ weniger Kontrollen stattfinden könnten.

Zur Kennzahl 10.01.03.3 – Großschadensereignis/Zivile Verteidigung – liegt der Antrag Nr. 10-01 zu den Beratungen des Haushalts 2010 der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN vom 19.02.2010 vor.

Ausschussmitglied Epping erläutert den Antrag mit der Zielsetzung, die Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei Großschadensereignissen (GSE) zu erhöhen. Wegen zu erwartender Mehrtransporte ins Ahauser Brennelement-Zwischenlager und der daraus resultierenden Mehrbelastung der Verwaltung sei es verwunderlich, dass der Haushaltsplanentwurf 2010 eine Kürzung von 76.243 € vorsehe.

KVD Volmering macht deutlich, eine Sonderplanung im Bereich der Abwehr von GSE für eventuell zu erwartende Mehrtransporte ins Ahauser Brennelement-Zwischenlager sei nicht vorgesehen. Unter anderem die zwischenzeitlich erteilte Genehmigungserweiterung habe die Verwaltung veranlasst, mit der Fortschreibung des Einsatzplanes bis jetzt zu warten, erklärt er auf Nachfrage von Ausschussmitglied Holzer. Bei der allgemeinen GSE-Planung sei in den letzten Jahren eine personelle Aufstockung vorgenommen worden. Dem Bereich der Aus- und Fortbildung sowohl der Mitglieder des Krisenstabes als auch der Einsatzleitung werde erhebliche Bedeutung beigemessen. Regelmäßige Übungen der operativ tätigen Einsatzleitung sowie des Krisenstabes seien wesentlicher Bestandteil der Großschadensabwehr. Auch sei der bislang ehrenamtlich tätige Kreisbrandmeister in die Kreisverwaltung integriert worden, um unter anderem den Bereich der Abwehr von GSE zu verstärken.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Nordholt erläutert KVD Volmering, dass für die Fa. URENCO in Gronau neben dem allgemeinen Gefahrenabwehrplan des Kreises Borken und dem Sonderschutzplan UAG auch betriebsinterne Schutzpläne der Fa. URENCO bei Schadensereignissen greifen. Eine Fortschreibung der Schutzpläne des Kreises erfolge immer dann, wenn sich – wie in den Schutzplänen festgeschrieben – die Notwendigkeit hierzu ergäbe.

Ausschussmitglied Schlipfing bittet um Erläuterung des im Antrag Nr. 10-01 aufgeführten Deckungsvorschlages „Kostenübernahme durch das Land NRW/Bundesrepublik Deutschland“. Ausschussmitglied Epping erklärt, Hintergrund dieses Vorschlages sei, über eine entsprechende Antragstellung des Kreises eine mögliche Kostenbeteiligung abzuklären.

**Die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN sieht den Antrag über die Aussprache im Ausschuss als erledigt an und zieht ihren Antrag Nr. 10-01 zu den Beratungen des Haushaltes 2010 zurück.**

Stellvertretender Vorsitzender Maus lässt über den Beschlussvorschlag zum Budget 2010 abstimmen.

**Beschluss:**                    9 Ja-Stimmen  
   1 Nein-Stimme  
   7 Enthaltungen

**Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Budget 03 – Tiere und Lebensmittel – und dem Budget 10 – Sicherheit und Ordnung – zuzustimmen.**

**Punkt 3:            Resolution zum Bleiberecht von langjährig geduldeten Flüchtlingen sowie zur Abschiebung von Roma in das Kosovo**

---

**Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2010  
Vorlage: 0021/2010**

---

**Sachdarstellung der Verwaltung  
Vorlage: 0039/2010**

---

Ausschussmitglied Konniger stellt mit Befremden fest, dass die von der SPD-Fraktion beantragte Resolution zum zweiten Mal dem Ausschuss vorliege und verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung. Ergänzend fragt er, wie viele Personen sich unter den 527 negativ beschiedenen Antragstellern befänden, welche strafrechtlich auffällig geworden seien.

KVD Volmering teilt mit, dass entsprechendes Zahlenmaterial nicht vorliege.

Ausschussmitglieder Buskase und Röhrmann verweisen auf den Inhalt der bereits in Münster und Vreden beschlossenen Resolution zum Bleiberecht von langjährig geduldeten Flüchtlingen sowie zur Abschiebung von Roma in das Kosovo und betonen, dass es der SPD-Fraktion nicht darum gehe, Straftäter zu schützen. Sofern aber keine Straftätigkeit vorliege, solle aus humanitären Gründen auf eine Abschiebung verzichtet werden. Unter Hinweis auf die Tischvorlage (Anlage 2) berichtet Ausschussmitglied Röhrmann über das persönliche Schicksal der Familie T. aus Ahaus, über welches auch in den Printmedien berichtet wurde. KVD Volmering weist auf Erkenntnisse der Ausländerbehörde hin, welche nicht mit dem Vortrag in diesem Einzelfall übereinstimmen.

Ausschussmitglied Schlipfing erklärt, die CDU-Fraktion halte den Antrag der SPD-Fraktion für undifferenziert und sie unterstütze daher die Sachdarstellung der Verwaltung. Er weist darauf hin, dass es um die Einhaltung von Recht und Ordnung gehe und die SPD-Fraktion suggeriere, die Verwaltung arbeite rechtswidrig.

Ausschussmitglied Nordholt weist diesen Vorwurf zurück und bekräftigt, die Verwaltung halte sich zweifelsohne an Recht und Gesetz und ihr werde daher nichts vorgeworfen.

**Beschluss:**                    5 Ja-Stimmen  
   11 Nein-Stimmen  
   1 Enthaltung

**Der Fachausschuss nimmt die Sachdarstellung der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und weist den Antrag der SPD-Fraktion auf Erlass einer Resolution zum Bleiberecht von langjährig geduldeten Flüchtlingen sowie zur Abschiebung von Roma in das Kosovo zurück.**

**Punkt 4: Einrichtung einer Härtefallkommission / Arbeitskreis auf Kreisebene  
Einrichtung eines Integrationsrates bzw. Ausländerbeirates**

---

**Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2010  
Vorlage: 0022/2010**

---

**Sachdarstellung der Verwaltung  
Vorlage: 0040/2010**

---

Vor Eintritt in die Diskussion bemerkt stellvertretender Vorsitzender Maus, dass es entgegen der Sachdarstellung im Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2010 nach seiner Kenntnis in Münster keine Härtefallkommission gebe.

Ausschussmitglied Röhrmann weist auf die guten Erfahrungen mit einem Arbeitskreis in Bocholt hin, welcher die Ausländerbehörde Bocholt bei ihrer Arbeit unterstütze. Intention bei der Einrichtung eines entsprechenden Arbeitskreises sei die Unterstützung der Verwaltung, ihr solle der Rücken gestärkt werden.

Ausschussmitglied Günhen steht der Einrichtung einer Härtefallkommission ablehnend gegenüber. Auf Landesebene bestehe bereits eine Härtefallkommission mit kompetenter Besetzung, die Installation einer zweiten Einrichtung sei nicht erforderlich und auch nicht vom geltenden Recht abgedeckt. In der Ausländerbehörde würden die Entscheidungen von Profis getroffen; insofern sei die Hinzuziehung von Laien nicht erforderlich.

Ausschussmitglied Buskase erwidert, gerade der Einsatz von Laien würde wie im Gerichtsverfahren für sinnvoll gehalten werden. Ausschussmitglied Pasedag sieht keine Vergleichbarkeit von ausländerrechtlichen Verfahren – welche in der Regel bereits alle Instanzen durchlaufen hätten – mit den angesprochenen Gerichtsverfahren und er halte die Abwägung der unterschiedlichen Interessen durch die Härtefallkommission auf Landesebene für vollkommen ausreichend. Außerdem gebe es für die Einrichtung einer Härtefallkommission auf Kreisebene keine Rechtsgrundlage.

Ausschussmitglied Schlipfing plädiert für die Unterstützung des Vorschlags der Verwaltung, den Aspekt der Integration im Kreisentwicklungsprogramm zu verankern, aber auf die Bildung eines Integrationsrates zu verzichten.

**Beschluss:**                    5 Ja-Stimmen  
   12 Nein-Stimmen

**Der Fachausschuss nimmt die Sachdarstellung der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und weist den Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung einer Härtefallkommission/Arbeitskreis auf Kreisebene sowie Einrichtung eines Integrationsrates bzw. Ausländerbeirates zurück.**

**Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung**

---

- keine -

**Punkt 6: Anfragen**

---

- keine -

**Punkt 7: Unfall bei der Firma Urenco Gronau und Gefahrenabwehrplanung  
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2010  
Vorlage: 0023/2010**

---

Die Sitzung des Fachausschusses für Sicherheit und Ordnung wird um 16.50 Uhr für kurze Zeit unterbrochen und ab 17.00 Uhr als gemeinsame Sitzung mit dem Kreistag im großen Sitzungssaal (2180) fortgesetzt.

Die Niederschrift zu TOP 7 – Unfall bei der Fa. URENCO Gronau und Gefahrenabwehrplanung im Kreis Borken, Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2010 – entnehmen Sie bitte der Niederschrift (TOP 1) der gleichzeitig durchgeführten Kreistagssitzung. Den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Fachausschusses, welche nicht im Kreistag vertreten sind, wird der Auszug nachgesandt.

Stellvertretender Vorsitzender Maus schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

---

Johannes Maus

---

Richard Brocks